



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Volkmär Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Keine Kürzungen beim Ehrenamt – Engagement in Bayern stärken
statt schwächen
(Kap. 10 07 TG 85)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Zur Verstärkung der Mittel zur Förderung des Ehrenamtes in Bayern werden in Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) in der TG 85 (Förderung von Maßnahmen, Projekten und Einrichtungen für das bürgerschaftliche Engagement, das Ehrenamt sowie die Freiwilligenarbeit) die Ansätze für das Jahr 2026 von 5.002,0 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 5.302,40 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 4.667,8 Tsd. Euro um 650,0 Tsd. Euro auf 5.317,8 Tsd. Euro erhöht .

Begründung:

Das freiwillige und unentgeltliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl prägt Bayern seit Generationen. Über 5 Millionen Menschen in Bayern engagieren sich ehrenamtlich – fast die Hälfte aller über 14-Jährigen. Ob in der Notfallhilfe, sozialen Betreuung, Kultur, Sport oder Integrationsarbeit – Ehrenamtliche übernehmen unverzichtbare Aufgaben und sind ein zentraler Pfeiler unserer Gesellschaft.

Bayern rühmt sich zu Recht seiner lebendigen Ehrenamtskultur und betont regelmäßig die Bedeutung freiwilligen Engagements. Umso unverständlicher sind die geplanten Kürzungen im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027. Bereits 2026 werden die Mittel um über 200.000 Euro im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gekürzt. Für 2027 sind weitere Kürzungen von über 300.000 Euro vorgesehen. Damit läge die Förderung deutlich unter dem Niveau von 2024/2025 (5.330,0 Tsd. Euro), das als Mindeststandard wiederhergestellt werden muss.

Besonders betroffen sind drei zentrale Bereiche: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, Ausgleichszahlungen für die Bayerische Ehrenamtskarte sowie Maßnahmen zur Stärkung der Anerkennungskultur.

Was Kürzungen in der Praxis bedeuten, zeigt sich exemplarisch beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. Das Netzwerk vertritt mit seinen elf Partnerverbänden 1 191 Einrichtungen und bietet Selbsthilfegruppen, Mütter- und Familienzentren, Bürgerinitiativen und Helfergruppen unverzichtbare Unterstützung durch Fortbildungen, Beratungen und Vernetzungsangebote.

Bereits die 2025 kurzfristig erfolgten Kürzungen von 16 Prozent haben spürbare Konsequenzen: Fortbildungsangebote mussten um über die Hälfte reduziert werden, der Informationsstand auf der ConSozial ist nicht mehr finanzierbar, und das Angebot der beliebten Vereinstage wurde drastisch gekürzt. Für 2026 drohen weitere Kürzungen von 5 Prozent, die bei steigenden Personalkosten weitere drastische Einschnitte bedeuten würden. Diese Kürzungen müssen vollständig zurückgenommen werden.

Die Engagementquote in Bayern ist zwar hoch, geht aber leicht zurück. Es muss darum gehen, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern, nicht zu verschlechtern. Die geplanten Kürzungen senden das falsche Signal an Millionen Ehrenamtliche, die täglich für das Gemeinwohl eintreten, und gefährden bewährte Unterstützungsstrukturen.

Wer das Ehrenamt ernst nimmt, muss es auch angemessen fördern.